

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/3

5. Januar 1972

Festigung der Freundschaft mit den USA

Wechselseitige Fremdenverkehrsförderung ein
Gebot der Stunde

Von Wolfgang Schwabe MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages und Mitglied des Parlamentarier-
kreises Fremdenverkehr

Seite 1 / 48 Zeilen

1972: Jahr des weiblichen Arbeitnehmers

Konzentrierte Werbeaktion der Gewerkschaften

Von Hilde Klein-Frölke
Bundesfrauensekretärin der Gewerkschaft ÖTV

Seite 2 / 41 Zeilen

Aggressive Marktstrategie des ZDF

Fakten zum Thema "Einschaltquoten und Hinter-
gründe"

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Berufliche Weiterbildung ein gesellschafts-
politisches Muß

Beschäftigten- und Berufsstruktur in Nord-
rhein-Westfalen

Von Klaus Rusticus

Seite 5 und 6 / 88 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 846 / 696 847
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Festigung der Freundschaft mit den USA

Wechselseitige Fremdenverkehrsförderung ein Gebot der Stunde

Von Wolfgang Schwabe MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und
Mitglied des Parlamentarierkreises Fremdenverkehr

Wer seit langen Jahren die menschlichen und politischen Verbindungen zu den USA kennt und pflegt, betrachtet es als selbstverständlich, daß die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten von Nordamerika in enger und fairer Weise zusammenarbeiten müssen.

Daran gibt es keinen Zweifel. Deshalb wirkt es so überaus hilflos, wenn Politiker der Opposition zur Zeit so tun, als ob die von aller Welt erwarteten Entspannungsverträge mit dem Osten eine Belastung für unser Verhältnis zum Westen oder besonders zu den USA bedeuten könnten.

Die dankbar ergriffene Möglichkeit, abwechselnd offiziell und privat die Vereinigten Staaten gründlich zu bereisen, gab immer und immer wieder Gelegenheit, die Frage aufzuwerfen, ob man drüben auch nur entfernt an eine Art Tauroggen- oder Papallo-Komplex glaube. Von New York bis hinunter nach Texas und wieder hinauf nach Alaska hat das niemand ernsthaft erwähnt.

Die selbstverständlichen Kontakte unserer führenden Politiker mit dem Weißen Haus, dem Auswärtigen Amt, dem Pentagon und dem Capitol sollten ebenso selbstverständlich und mit offener Herzigkeit durch Parlamentarier, aber auch durch recht viele Bürger wechselseitig ergänzt werden.

Vor kurzem ist die neue, allseits gewünschte Währungsfestlegung erfolgt. Die Mark ist noch einmal ein wenig gestiegen, der Dollar ist etwas weniger wert oder, besser gesagt, billiger zu haben. Wer sich für den internationalen Tourismus mit verantwortlich fühlt, muß deshalb die zuständigen Bundesstellen bitten, gewissermaßen antizyklisch die deutsche Fremdenverkehrswerbung in den USA zu intensivieren. Es wäre fatal, wenn nun aus Dollar-Sorgen oder D-Mark-Angsten weniger Amerikaner nach Deutschland kämen.

Umgekehrt haben wir den Leiter des staatlichen Fremdenverkehrsamtes der USA in Deutschland ermuntert, auf die neuen Währungsvergünstigungen für deutsche Amerika-Besucher hinzuweisen.

Die wechselseitige Förderung des Tourismus trägt dazu bei, den Ansätzen zum Anti-Amerikanismus in Europa und den Ansätzen des Neo-Isolationismus in den USA entgegenzuwirken.

(-/oe/5.1.1972/bqy)

+ + +

1972: Jahr des weiblichen Arbeitnehmers

Konzentrierte Werbeaktion der Gewerkschaften

Von Hilde Klein-Frölke

Bundesfrauenssekretärin der Gewerkschaft ÖTV

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte das Jahr 1971 zum Jahr des jungen Arbeitnehmers erklärt. Das Jahr 1972 soll das Jahr des weiblichen Arbeitnehmers sein.

Im DGB gibt es mehr Arbeiter als Angestellte, mehr Männer als Frauen, mehr ältere als jüngere Mitglieder. Daraus entsteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften im DGB zu einer reinen Arbeiterorganisation und einer einseitigen Männerorganisation werden, und - was noch stärker zu beachten ist - von einer Vorgeisung bedroht sind.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder in allen DGB-Gewerkschaften beträgt zur Zeit 15,3 vH.; in der ÖTV sind es 18,1 vH.

Von der Gruppe der nichtorganisierten Arbeitnehmerinnen, bei der ein Angehöriger Mitglied ist, sind vier von fünf Frauen (80 vH.) verheiratet. Es ist zu vermuten, daß es sich bei dem weitaus größten Teil dieser Angehörigen, die Mitglieder sind, um Ehemänner handelt, und daß darum eine Mitgliedschaft der Ehefrau als überflüssig angesehen wird.

Diese Einstellung ist weit verbreitet. Sie erhält noch einen besonderen Akzent durch den Mangel an Gewerkschaften für Frauen, die doch nur vorübergehender Art sein. Dieser Gruppe ist besondere Aufmerksamkeit zu machen, daß gewerkschaftlicher Schutz immer von der Einzelmitgliedschaft ausgeht.

Als Ansatzpunkt für eine sinnvolle Werbung kann die altersmäßige Aufgliederung der Arbeitnehmerinnen in Gegenüberstellung der weiblichen Mitglieder gelten:

Altersstruktur der Arbeitnehmerinnen:

18 bis 24 Jahre: jede vierte Frau (23 vH.)
25 bis 34 Jahre: jede vierte Frau (26 vH.)
35 bis 49 Jahre: jede fünfte Frau (20 vH.)
50 Jahre und älter: jede fünfte Frau (20 vH.)

Altersstruktur der weiblichen Mitglieder:

18 bis 24 Jahre: jede siebte Frau (15 vH.)
25 bis 34 Jahre: jede vierte Frau (26 vH.)
35 bis 49 Jahre: zwei Fünftel der Mitglieder (38 vH.)
50 Jahre und älter: jede fünfte Frau (19 vH.)

Bemerkenswert ist bei dieser Gegenüberstellung, daß die Altersgruppe von 18 bis 24 Jahre sehr schwach organisiert ist, während die Gruppe der 35 bis 49jährigen überrepräsentiert ist. Hoffnungsvoll stimmt, daß bei den Frauen, die zu einem Schritt bereit sind, die Gruppe der 18 bis 24jährigen fast ein Drittel (31 vH.) ausmacht. Diesen Kreis gilt es, gezielt anzusprechen.

-/va/5.1.1972/ks/

Aggressive Marktstrategie des ZDF.

Fakten zum Thema "Einschaltquoten und Hintergründe"

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Der Beschluß des Zweiten Deutschen Fernsehens, den Anfang seines Hauptabendprogramms auf 19 Uhr vorzulegen, wirft viele Fragen auf. Gewiß hatte es die Mainzer Anstalt als die "nachgeborene" schwerer, sich mit einem festen Markenkennzeichen dem Publikum bekanntzumachen. So lange zurück liegen jene Tage noch nicht, als die Scherzfrage "Kommen Sie aus Mainz oder sind Sie vom richtigen Fernsehen?" kolportiert wurde.

Das ZDF hat zielbewußt auf das Unterhaltungsbedürfnis gesetzt und damit einen konsequenten Weg eingeschlagen. Die etablierten Landesrundfunkanstalten, von der Pflicht zur regionalen Observanz bis zur bundesweiten Tagesschau - wo gelegentlich Herr Köpcke als der "Regierungssprecher" mißverstanden wird - in ein offizielles Schema gezwängt, mußten im Vergleich zum Juniorpartner auf Hemdsärmeligkeit verzichten. Noch in diesen Tagen glaubte der "Welt"-Chefredakteur, den Unterschied zwischen seinem Blatt und der Frankfurter Konkurrenz als den zwischen einem ersten, gleich offizielles-regierungsfreundlichem, und einem zweiten, gleich lecher-kritischem, Programm beschreiben zu können.

Neben die stärkere Profilierung auf dem Unterhaltungssektor trat die politische Tendenz des ZDF einer Abgrenzung von der ARD. Hier spiegeln sich ebenso die Mehrheitsverhältnisse im Fernsehen wieder wie eine Reaktion auf bestimmte Zeitströmungen.

Zentraler Angriffspunkt mußte für das ZDF der 20-Uhr-Beginn der Tagesschau bleiben. Allen Erfahrungen der Zuschauer-Forschung nach würde im jeweiligen Kanal "hängenbleiben", wer zur Wende-runde 20 Uhr sich für eines der beiden Programme entschieden hatte. Bis zu diesem Termin galt es, Zuschauer "anzuschaffen". Nachmittags- und Vorprogramme übernahmen die Aufgabe der "Lokomotive". Gelang es, mit "Percy Stuart" oder "Westlich von Santa Fe" bis 19:45 Uhr eine starke Einschaltbeteiligung für das ZDF zu erreichen, dann blieb die Chance größer, das Publikum über 20 Uhr hinaus auf dem zweiten Kanal festzuhalten.

Der künftige Beginn um 19:00 Uhr nun wird die "Mainzel-männchen" ihrem strategischen Ziel erheblich näherbringen. Gegenüber den zumist betulichen Regionalprogrammen zwischen Rhein und Moser oder Harz und Heide bringt das ZDF den wilden Westen ins Wohnzimmer. Der Zuschauer hat die Wahl z.B. zwischen einem Landesminister in der ARD und dem "Agenten im Ruhestand" im ZDF. Bei diesem Kontrastprogramm werden die zwischen zehn und und 25 vH.

pendelnden Einschaltquoten der Regionalprogramme weiter zurückgehen.

Den Intendanten der Landesrundfunkanstalten stellt sich das Problem einer Gegenstrategie. Sie könnte lauten, daß man den ZDF-Western mit einem ARD-Krimi kontern wollte, um so die fünfzig- bis sechzigprozentige Einschaltquote der Tagesschau zu retten und das folgende Hauptprogramm zu begünstigen. Solche Pläne gibt es. Es bliebe dann freilich manch' hochgestochener kultureller Anspruch und die Präsentation der Politik in den Ländern auf der Strecke. Die Intendanten könnten sich damit herausreden, den Ministerpräsidenten von Stoltenberg bis Goppel ihr Unvermögen vorzuwerfen, die neue ZDF-Offensive zu verhindern.

Ganz beiläufig tritt dabei auch die Frage nach der Gewalt im Fernsehen auf. Ein in der Öffentlichkeit weitverbreitetes Unbehagen hat jüngst zu gesetzgeberischen Initiativen geführt. Die Anstalten haben mit einer Broschüre geantwortet, die interessanterweise den Nachmittagsprogrammen - an denen sich doch die Kritik entzündet hatte! - wenig Raum widmet. Politische Dokumentationen waren nicht so sehr umstritten gewesen.

Eine stärkere Kommerzialisierung im Wettkampf der beiden Fernsysteme - die Einschaltquoten bestimmen die Verkaufspreise für die Werbespots! - würde auch das Problem der Gewaltdarstellung in schärferem Licht erscheinen lassen. Der Einsatz von mehr billiger Unterhaltung im Kampf um den Zuschauer tangiert ebenso wie das Argument, amerikanische Serien seien preiswert zu erwerben, das Selbstverständnis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Der Vorzug, bis zu rund 90 vH. konjunkturunabhängig aus Gebühren finanziert zu werden, sollte Zurückhaltung in der Marktstrategie erheischen.

Entscheidende Kräfte der CDU im ZDF, deren Motive vom verstockten Hang zum Privatfunk und grundsätzlicher ARD-Gegnerschaft bis zur pädagogischen Gleichgültigkeit reichen, nehmen die kulturelle Versteppung durch Wildwestfilme bewußt in Kauf, um zur Hauptsendezeit ihre politischen Ansichten besser an das Publikum bringen zu können. Man wird mit Spannung beobachten dürfen, wie sich die CDU-Vertreter in den Aufsichtsgremien der ARD-Anstalten verhalten, wenn es um die Antwort auf die neue ZDF-Strategie geht.

wa/5.1.1972/ks

+ + +

Berufliche Weiterbildung ist ein Gebot der Stunde

Beschäftigten- und Berufsstruktur in Nordrhein-Westfalen

Von Klaus Rusticus

Die in einem Jahrzehnt eingetretenen Änderungen in der Beschäftigten- und Berufsstruktur machen deutlich, wie wichtig es ist, daß die traditionelle Vorstellung von der einmaligen Berufsausbildung als Sicherung einer lebenslangen beruflichen Existenz durch den Willen und die Bereitschaft, ständig dazuzulernen, ersetzt wird. Zugleich ist aber dieses Verständnis der beruflichen Weiterbildung - als ein sich auf das ganze Leben erstreckender Prozeß - eine wirksame Vorsorge dafür, daß sich Berufstätige auch noch im vorgeschrittenen Lebensalter der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung laufend anpassen können. Es stellt einen bedeutenden arbeitsmarktpolitischen Beitrag zum Schutze der älter werdenden Arbeitnehmer dar.

Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse, die einer exakten wissenschaftlichen Untersuchung des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Werner Figger (SPD), über die berufliche Weiterentwicklung zu entnehmen ist. Zum ersten Mal in der Bundesrepublik wurde - hier am Beispiel des volk- und arbeitsnehmerreichsten Bundeslandes - geprüft, welche Jahrgangsgruppen des Beschäftigtenpotentials auf angebotene Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen reagieren, und erstmals wird hier eine repräsentative Grundlage für die noch in den Anfängen stehende berufliche Weiterbildung geschaffen.

Nordrhein-Westfalen macht erschreckend deutlich, welche eminente Veränderung der Beschäftigten- und Berufsstruktur durch den wirtschaftlichen Wandel ausgelöst worden ist. Im traditionellen Land der Kohle und des Stahls waren Industriezweige einer solch frappierenden Schrumpfungsprozeß unterworfen, wie ihn die deutsche Wirtschaftsgeschichte niemals kannte. In dem Jahrzehnt von 1960 - 70 verringerte sich die Beschäftigtenzahl im nordrhein-westfälischen Kohlenbergbau von 461.404 um 46,9 vH. auf 244.914 Personen. Die Beschäftigtenzahl in der Textilindustrie des Landes ging von 223.644 um 31,3 vH. auf 154.188 Personen zurück. Demgegenüber aber stieg die Zahl der Beschäftigten in expandierenden Industriezweigen, wie z.B. in der chemischen Industrie von 199.332 um 25,4 vH. auf 250.200 Personen und im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau von 274.886 um 23,8 vH. auf 464.165 Personen an. Dieser Wandel erfaßte manche der über 50 Berufsgruppen, die einer Untersuchung unterzogen wurden, explosionsartig, und zwar vereinzelt expansiv negativ oder positiv!

Die sozialliberale Koalition in Düsseldorf hat bereits spürbare Initiativen ergriffen, fest etablierte Institutionen der Umschulung und Fortbildung zu schaffen. Gemeinsam wurden mit dem

Bund Maßnahmen eingeleitet, deren erste Erfolge zu den besten Hoffnungen Anlaß geben. Das Potential der tatsächlich umschulungsbereiten Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen erhöhte sich zudem von 1968 bis 1970 auf rund 570.000 Personen, von denen die meisten am Ausbildungsort in einem Internat wohnen wollen. Auffallend stark angestiegen ist die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes am 1.7.1969 von diesem Zeitpunkt an bis zum 1.7.1970 von 3.017 auf 16.145 Personen.

Elf vH. der Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen besuchten bereits oder absolvierten noch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Dieser Anteil mag auf den ersten Blick als zu gering bewertet werden. Im Hinblick darauf aber, daß die Diskussion über die Notwendigkeit, ein Leben lang zu lernen, in der Bundesrepublik erst wenige Jahre andauert und die Erkenntnis für das lebenslange Lernen noch nicht überall durchgedrungen ist, ist die Zahl der Fort- bzw. Umschulungswilligen sehr beachtlich. Erkenntnisreich ist ferner, daß 42 vH. aller bisherigen Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen 20 bis 30 Jahre, 34 vH. 31 bis 40 Jahre und 23 vH. 41 bis 50 Jahre alt sind. 67 vH. aller Fortgebildeten erweiterten ihr Wissen auf Lehrgängen, Kursen und Seminaren, in Techniker- und Berufsschulen, dominierten die jüngeren Jahrgänge 18 vH., aber mit zunehmendem Alter geht die Fortbildungshäufigkeit zurück. Lassen sich von diesen Zahlen durchaus praxisnahe Erkenntnisse ableiten, gibt die Alterszusammensetzung der Umschüler besonderen Anlaß zum Nachdenken.

Die meisten Umschüler gehören der Gruppe der 20- bis 30-Jährigen (38 vH.) an, und fast drei Viertel aller Umschüler absolvierten die Volksschule und eine Lehre. Das zwingt die Folgerung auf, daß viele Arbeitnehmer einen Beruf wählen, der sie entweder nicht ausfüllt oder dem sie zu wenig Zukunftschancen abgewinnen.

Aus der beispielhaften Untersuchung des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ergibt sich das für die Bundesrepublik durchaus repräsentative Fazit auf, daß viele Arbeitnehmer bereits den Trend der Zeit erfaßt haben und zur Fortbildung oder Umschulung bereit sind, wenn für sie die materiellen Voraussetzungen geschaffen, aber ihnen auch die ideellen Möglichkeiten geboten werden. Die Mehrheit aller Arbeitnehmer - das ist die zweite wichtige Quintessenz aus der nordrhein-westfälischen Untersuchung - begründet ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Weiterbildung mit dem individuellen Wunsch, berufliche Karriere zu machen. Je mehr also Maßnahmen der Weiterbildung dazu führen, sich für den beruflichen Aufstieg qualifizieren zu können, umso stärkeren Zuspruch finden sie von Arbeitnehmern, die aufstiegsorientiert sind.

-/E. 1. 1972/ex/hgy/